März 1999

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS

Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts erscheint seit 1983 Nummer 91

Frauen in die Offensive!

Frauenfeindliche Maßnahmen der Regierung - von der Karenzgeldkürzung bis zum Zusperren von Frauenprojekten prägten die letzten vier Jahre. Das erfolgreiche Frauenvolksbegehren wurde völlig ignoriert. Nichts desto trotz werden - pünktlich zum Superwahljahr 1999 - die Frauen wieder als wichtiges WählerInnenpotential "entdeckt". Sowohl die Regierungsparteien, als auch die FPÖ überbieten sich in scheinbarer Frauenfreundlichkeit, die aber an der Realität völlig vorbeigehen, bzw. sogar Verschlechterungen bedeuten.

Karin Wottava
Laura Rafetseder

So gibt Jörg Haider unumwunden zu, daß sein Modell des Betreuungsschecks dazu dient, öffentliche Betreuungseinrichtungen zu schließen "weil die Frauen dann ohnehin bei den Kindern sind". Auch die ÖVP stößt mit ihrer "Karenzgeld"-Forderungen ins selbe Horn: Sie will Kinderkriegen großzügig mit Geld belohnen, während in praktisch allen ÖVP regierten Bundesländern Kinderbetreungseinrichtungen fehlen. Außerdem hat die ÖVP selbst (mit der SPÖ) die Anspruchsdauer für Karenzgeld bei Alleinerzieherinnen reduziert! Zurück zu Mann und Kindern, Heim und Herd, das ist das Konzept, daß vielfach tatsächlich hinter all diesen Forderungen steht. Schon heute ist ein Drittel der Frauen am Ende der Karenzzeit ohne Job, 46.000 Frauen sind nur deshalb arbeitslos weil sie nicht wissen, wie sie ihre Kinder tagsüber betreuen sollen. Auch eine Möglichkeit, die Arbeitslosenstatistik zu schönen.

Hölle am Arbeitsmarkt

"Mc Job" - also unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Unterbezahlung - trifft vor allem Frauen: Jede fünfte Frau arbeitet bereits in einem sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnis, 90 Prozent aller Teizeitarbeitsplätze sind "weiblich". Es ist blanker Hohn für die Betroffenen, wenn die SPÖ-Frauen und auch die Gewerkschaftsführung Teilzeitjobs als besonders frauenfreundlich darstellen: Teilzeitbeschäftigung ist in Wahrheit ein Mechanismus, der Frauen in die Rolle drängt wieder verstärkt Arbeit, Haushalt und Familie unter einen Hut zu bringen. 50% aller Frauen mit zwei oder mehr Kindern arbeiten bereits Teilzeit oder müssen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse eingehen.

Typische Atypische

Das größte Problem an diesen Arbeitsverhältnissen ist die so gut wie nicht bestehende Möglichkeit auf die Arbeitszeit oder die Arbeitsverhältnisse Einfluß zu nehmen. Die Stellung der Frauen ist hier besonders schwach, da der Druck der auf den Frauen lastet und die ständige Bedrohung den Arbeitsplatz zu verlieren enorm hoch ist. Die Bezahlung ist dementsprechend mies: Frauen verdienen 43 % weniger als ihre männlichen Kollegen - diese Tendenz wird durch Teilzeitarbeit weiter verstärkt.

Für die SOV steht der diesjährige internationale Frauentag am 8. März verstärkt im Zeichen der Situation der Frauen am Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang finden Aktionen vor Wiener Arbeitsämtern statt, die die Wichtigkeit des Kampfes um Gleichberechtigung von Frauen in der Arbeitswelt aufzeigen sollen. Vor allem auch die Kampagne der SOV gegen Flexibilisierung und Sonntagsarbeit, für Arbeitszeitverkürzung und Mindestlöhne steht dabei auch im Mittelpunkt. Natürlich findet auch die traditionelle Demonstration statt, an der wir uns zahlreich beteiligen.

Schafft SPÖ Frauentag ab?

Skandalös ist die Vorgehensweise der SPÖ-Frauen, die den 8. März offensichtlich schon abgeschrieben haben und lieber am 6. März ein unpolitisches Kulturprogramm vorzieht. Der 8. März ist unser Tag, den wir uns sicher auch von der SPÖ nicht nehmen lassen. Die SOV tritt für internationale Solidarität vor allem auch unter den Frauen ein. Um die Forderung nach Gleichberechtigung durchsetzen zu können, muß diese auch mit entsprechender Entschiedenheit artikuliert werden!

Abtreibung ist Frauenrecht!

Ein weiterer Schwerpunkt der Frauenarbeit der SOV besteht in der Verteidigung des Rechts auf Abtreibung gegenüber konservativen Reaktionären besonders aus dem kirchlichen Bereich zu verteidigen. Wie wichtig es ist, daß Frauen die Möglichkeit auf Selbstbestimmung über ihren Körper haben, zeigt die gute Resonanz, die wir mit diesem Thema erzielten. Wie notwendig eine konsequente sozialistische Frauenkampagne geworden ist, wird allerdings auch durch das Fehlen der (ehemals) großer und wichtiger Frauenorganisationen (z.B aus dem ÖGB) bei dieser wichtigen Frage unterstrichen. Die SOV hat hierzu in den letzten Monaten viele öffentliche Aktionen7Infotische durchgeführt. Die vielen positiven Reaktionen und auch die Wut vieler Frauen über die Scheinmoral der Abtreibungsgegner haben uns in unserer Arbeit bestärkt. Frauen die aktiv mitarbeiten wollen sind jederzeit herzlich willkommen!

Frauen-Stammtisch
jeden 2. u. 4. Montag
im Monat um 19 Uhr
„Zentrum Erdberg";
3; Lechnerstr.2-4

Das Frauenprogramm der SOV
Jetzt bestellen
öS 50.- inkl. Porto
3., völlig überarbeitete Auflage

In dieser Ausgabe:

Konferenz der SOV Seite 2
Ist die GPA links? Seite 3
Schwerpunkt Lateinamerika Seite 4/5
Fußball - Alles Profit Seite 6
Freiheit für Kurdistan Seite 7

Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt 1070 Wien, P.b.b., Zulassungsnummer 327808W97U; DVR.: 0820202

Der Standpunkt

Wahlgeplänkel

Über Pietät und Pietätlosigkeit wurde anläßlich der Lawinenkatastrophe und des Tiroler Wahltermins viel gestritten. Ein Nebenschauplatz, wenn man bedenkt, wie von dieser Regierung aus den Lawinentoten politisches Kapital geschlagen wird: Die konservative „Presse" rät dem Verteidigungsminister am 2.3.1999 „die Gunst der Stunde" (!) für die Aufrüstung des Bundesheeres zu nutzen. Viktor Klima setzt nach und erklärt „der Anschaffung von Hubschraubern stand und steht nichts im Wege".

von John Evers

Schon ist alles ausgepackelt: Für Lawinenopfer und Schutzmaßnahmen - 100 Millionen im Budget 2000. Für das Hubschrauberpaket der Regierung - 4 Milliarden Schilling. Und nach den Wahlen gilt der Ankauf neuer Abfangjäger bereits als beschlossene Sache. Man kann es allerdings auch übertreiben: Fasslabends Versuch, die Lawinen von Galtür für NATO-Beitritt und Ausweitung der Befugnisse der militärischen Geheimdienste (!) zu verwenden, ging selbst der SPÖ-Spitze zu weit. Die Frage wurde bis nach der Wahl zurückgestellt.

Zwar nicht mit dem Wahltermin, aber mit anderen - im Verhältnis - unwichtigen Fragen, befaßten sich auch die meisten Spekulation über „was nach den Kärnter Wahlen alles passieren wird". Dabei hat der bisherige Landeshauptmann Zernatto auf einem Wahlplakat das wesentliche Ergebnis bereits vorweggenommen: 93 Prozent aller Regierungsbeschlüsse fallen in Kärnten (wie wohl woanders auch) einstimmig - also durch FPÖ, SPÖ und ÖVP gemeinsam. Der Grundkonsens „Marktwirtschaft und Sparzwang" - Zernatto rühmte die ganze Zeit geradezu die Sparpolitik „seiner" Landesregierung - wird von keiner dieser Parteien in Frage gestellt.

Unterschiede - also rund sieben Prozent - spielen sich bestenfalls in Fragen der Kultur, des Grades der Liberalität gegenüber „Minderheiten"... ab. Das entscheidende Ergebnis - daß sich in der praktischen Landespolitik wenig ändern wird - steht damit von vornherein fest.

Fest steht auch, daß die FPÖ - nachdem vor wenigen Monaten ihr Ende proklamiert wurde - wieder zum bestimmenden Thema im Superwahljahr 1999 mutiert. Mit zu diesem Spiel gehören natürlich verschiedenste ÖVP- und diesmal mit Sicherheit auch SPÖ-Politiker, die Koalitionsvarianten mit Haider „offenhalten" oder „austesten" wollen. Vor allem bei der SPÖ ist das Ausdruck einer Entwicklung der letzten Jahre, wo die „Sozialdemokratie" bei jedem Vorstoß/Erfolg der FPÖ reflexartig nach rechts gegangen ist.

Kärnten wird nicht den großen Paukenschlag in Form einer dramatischen Machtablöse darstellen - am Ende wird vor allem ein fauler Kompromiß, eventuelle Teilzeitlösungen (...) und vor allem ein gewaltiger Postenschacher stehen. Das Kärntner Ergebnis ist trotzdem interessant. Es unterstreicht, daß die SPÖ ein Segel im Wind ist, daß weder politisch noch „organisatorisch" in der Lage ist, die FPÖ zu stoppen. Durch die relativ großen Verschiebungen, Wählerströme wird das Kärntner Ergebnis deutlicher als andere Resultate, aber auch die wachsende Instabilität des scheinbar festgefügten politischen Systems in Österreich zum Ausdruck bringen. Eine Instabilität, die aus dem Haß und der Ablehnung immer breiterer Schichten gegenüber den herrschenden Eliten insgesamt resultiert. Das ist und bleibt der eigentlich wichtige Faktor in diesem Superwahljahr 1999.

ImmigrantInnen

Zahlen: ja! Rechte: Nein!

Die 50-Jahr-Feier der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte"(AEdM) diente 1998 in einer Reihe von Veranstaltungen den Herrschenden dazu, sich das Mäntelchen der Demokratie umzuhängen. Doch wie sieht es konkret mit dem Recht auf Arbeit, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf Wohnen aus? Die zahlreichen Arbeitslosen und Obdachlosen geben hierauf ausreichend Antworten. Beispiele wie Pinochet und die Türkei (Öcalan-Entführung) zeigen, daß von globalen Menschenrechten keine Rede sein kann. Doch der österreichische Staat ist nicht viel besser...

Spitaler Christoph
SOV Steiermark

Einige Beispiele aus meiner Flüchtlingsarbeit zeigen, wie es um die „allgemeinen Menschenrechte" in der Steiermark bestellt ist: Ein staatenloser Palästinenser wurde mit Aufenthaltsverbot für das ganze Bundesgebiet belegt - was „natürlich" auch ein Arbeitsverbot beinhaltet. Andererseits wurde ihm die Ausreise verweigert, indem man ihm keine Reisezertifikate ausstellte: Statt dem Asylrecht wurde dem politisch verfolgten Mann eine Existenz als „U-Boot" zugesprochen.

Kürzen bei den Schwächsten

Das Sozialamt in Graz, welches die Grundversorgung einer Anzahl von MigrantInnen sicherzustellen hat (Unterkunft rund 2600 ATS pro Monat), versuchte mit Jahresbeginn 1999, die finanzielle Zuwendung auf 1200 Schilling zu senken. Außerdem hätte noch ein unbestimmter, geringfügiger Betrag in Form von Essensmarken, die nur in einer bestimmten Lebensmittelkette eingelöst werden hätten können, ausgegeben werden sollen! Diese Kürzungen konnten verhindert werden. Laut Auskunft des Sozialamtes gab es plötzlich nur Gespräche mit den Betroffenen über diese Maßnahmen, und die mit 2.2.1999 erfolgte Auszahlung des gekürzten Betrages an einen Migranten war ein - Computerfehler! Eine gängige Methode der Behörden, MigrantInnen das Leben schwer zu machen, ist, ihre Dokumente als nicht echt anzuerkennen, was langwierige Untersuchungen nach sich zieht und oft dazu führt, daß Anträge nicht fristgerecht eingereicht werden können. Neben der Diskriminierung von MigrantInnen kommt es auch zur Ausbeutung dieser durch die Behörden. So geschah es, daß ein Nigerianer von der Polizei gezwungen wurde, in der Grazer Drogenszene als V-Mann zu arbeiten. Es hat in Graz auch einen Fall gegeben, bei dem ein staatlich anerkannte Dolmetscher bei der Einvernahme einer Asylwerberin aus Kamerun Entscheidendes absichtlich falsch übersetzt hat.

Kampf für gleiche Rechte

Ein anderes Beispiel für die Methode des Kapitals, das Proletariat zu spalten, stellt die Gesetzesänderung des Notstandshilfegesetzes dar. Die Österreichische Regierung mußte dieses Gesetz 1998 ändern, da es dem Gleichheitsgrundsatz (Gleichheit für EU-Bürger) widersprach. Die Gesetzesänderung erfolgte so, daß die allgemeine Bezugsberechtigung erschwert wurde und ausländische Lohnabhängige wieder diskriminiert werden. So ist im neuen Gesetz vorgesehen, daß nur diejenigen Notstandshilfe empfangen sollen, die mindestens die Hälfte ihrer Lebenszeit in Österreich verbracht haben; obwohl natürlich alle ArbeitnehmerInnen ab dem ersten Tag ihrer Beschäftigung Beiträge bezahlen. Gegen diesen Gesetzesentwurf wurde in Graz ein Komitee gegründet. Wir sehen, daß auch in Österreich der „Wahnsinn" Methode hat.

Hardliner Schlögl

Informationen, Unterschriftenlisten und Musterbriefe bei:
SOV, 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11

SOVStmk c/o Spitaler Christoph
Bergbaustrasse 20
8600 Bruck/Mur

Komitee gegen Diskriminierung bei der Notstandshilfe c/o AUGE,
Paulustorgasse 3/1,
8010 Graz

Jahreskonferenz der SOV 1999

Mit uns ins Jahr 2000!

Am 27/28. Februar fand in Wien die Konferenz der SOV statt. Diskutiert wurden internationale und österreichische Perspektiven, das Superwahljahr 1999 und die Frage einer Eigenkandidatur der SOV sowie die Arbeit des nächsten Jahres. Es nahmen nicht nur Mitglieder der SOV und Vertreter des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) sowie der deutschen Schwesterorganisation der Sozialistischen Alternative SAV, sondern auch eine Reihe von SympathisantInnen teil.

Sonja Grusch
Bundessekretärin der SOV

Die drohende Weltwirtschaftsschaftskrise, die in Südostasien, Rußland und Lateinamerika bereits ihre Schatten vorausgeworfen hat, ihre Auswirkungen auf den Euro und auf Österreich standen im Mittelpunkt der Diskussion. Harald Mahrer wies in seinem Referat darauf hin, daß die kommende Krise „wohl eher mit jener der siebziger oder gar der dreißiger Jahre vergleichbar sein wird, als mit jenen der achtziger und neunziger Jahre". Es wurde auf die Konsequenzen hingewiesen, die eine derartige Krise auf Österreich haben wird: „Österreich befand sich lange in einer Ausnahmesituation, die durch die Nähe zum Ostblock und die Politik des Austrokeynseianismus entstanden war. Heute ist aber die europäische Normalität eingekehrt. Auch wenn wir vor den Wahlen vieleicht einige 'Zuckerln' sehen werden, können wir nachher mit weiterem Sozialabbau - in Form neuer Sparpakete oder durch einzelne, aufeinanderfolgende Maßnahmen, rechnen." Das Euro-Projekt, „ein verzweifelter Versuch der europäischen Kapitalisten, die gegenwärtige Periode von Depression zu überwinden", wurde angesichts dieser Perspektiven als auf wackeligen Beinen stehend analysiert. Ob und wie lange es den Euro tatsächlich geben wird, war heiß diskutiert, Einigkeit herrscht darüber, daß „eine dauerhafte einheitliche Währung auf kapitalistischer Grundlage nicht möglich ist."

Superwahljahr 1999

Die Wahlen zum EU-Parlament am 13. Juni und die Nationalratswahlen, die voraussichtlich am 4. Oktober stattfinden werden, stellen die österreichische Linke vor eine große Verantwortung. Die SOV versucht bereits seit längerer Zeit, für dieses Wahljahr ein linkes Wahlbündnis verschiedener Organisationen auf gleichberechtigter Grundlage zu organisieren. Dieser Versuch muß, v.a. nachdem die KPÖ erklärt hat, wer will kann ja auf ihrer Liste kandidieren, leider als gescheitert betrachtet werden. Für die SOV stellte sich daher die Frage, bei den Nationalratswahlen eigenständig anzutreten. Die Haupthürde für eine derartige Kandidatur stellen die 500 beglaubigten Unterschriften dar (eine Hürde übrigens, die in Europa undemokratische Spitze ist!). Letzlich entschied sich die Konferenz zwar gegen eine Kandidatur 1999, ein Antreten bei den Gemeinderatswahlen 2001 wurde aber allgemein als Ziel formuliert.

Wie schon 1998 wird die SOV auch 1999 unter SchülerInnen aktiv sein

Komitee für eine ArbeiterInneninternationale

Per Olsson vom Internationalen Sekretariat des CWI berichtete über die Arbeit aus einigen der 34 Länder in denen das CWI aktiv ist, Aron Amm aus Deutschland zog eine erste Bilanz von 100 Tagen Rot-Grün und der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.

1999: Wir haben viel vor...

Am Ende der Konferenz stand die Diskussion über die vergangene aber vor allem zukünftige Arbeit der SOV - die Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, die Jugendarbeit, die Frauenarbeit und die Arbeit in den Bundesländern. Aber um das alles zu berichten, fehlt hier der Platz...

Wenn Ihr uns unterstützten wollt: Macht selbst mit und spendet:
PSK 8812.733

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien; Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

GPA: Dallingers Vermächtnis

Ohne Kampf - keine Chance!

Am 23.2. '99 jährte sich der 10. Todestag von Alfred Dallinger. Vor zehn Jahren kam der damalige GPA-Vorsitzende und Sozialminister bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Alfred Dallinger prägte viele der heutigen GPA-FunktionärInnen. Am 19.3. '99 begeht die GPA ihren 50. Geburtstag mit einem Aktionstag.

Michael Gehmacher
Angestelltenbetriebsrat

Anläßlich des 10. Todestages fand in Wien ein Alfred Dallinger Symposion statt - doch außer einem kleinen Kreis von Interessierten kamen nur Spitzenfunktionäre, die derartige Veranstaltungen wohl als Pflichtübung ansehen. Zur gleichen Zeit wurden im GPA-Bildungszentrum in Velm mehrere Weiterbildungskurse für Betriebsräte abgehalten - eine Auseinandersetzung mit den Ideen des verunglückten GPA-Vorsitzenden, allen voran der „Wertschöpfungsabgabe", fehlte völlig. Eine simple Tatsache, die zeigt, wie ernst es die GPA-Führung meint, wenn sie davon spricht, das „Vermächtnis" Dallingers aufrecht zu erhalten.

Dallingers „Vermächtnis"

Dallinger war ein linker Reformer, ein „klassischer Sozialdemokrat" mit allen damit verbundenen Widersprüchen. Einerseits vermittelte er sozialistisches Bewußtsein und trat in der öffentlichen Debatte vehement für Arbeitszeitverkürzung und Wertschöpfungsabgabe ein. Er förderte die experimentelle Sozialpolitik sowie zahlreiche Jugend- und Frauenprojekte - die Bürgerlichen haßten ihn dafür. Die Kehrseite der Medaille war seine Integration in die Staatsmacht. Als 1984 der damalige Salzburger Landeshauptmann Haslauer die Erlaubnis gab, am 8. Dezember die Geschäfte aufzusperren, wollte die GPA diesem Vorstoß auf die Rechte der Handelsangestellten mit einer machtvollen Demonstration in der

Alfred Dallinger

Salzburger Innenstadt ein Ende bereiten. Tausende GPA-Mitglieder standen bereit, doch die selbstgemalten Transparente wurden nie entrollt. Bundeskanzler Sinowatz setzte Dallinger unter Druck und die Demonstration wurde in letzter Minute abgeblasen - die Salzburger Geschäfte sperrten auf. Ein schwerer Rückschlag und Auftakt für zahlreiche Unternehmerangriffe.

Stets Inkonsequent

Heute geht es trotz vieler Rückschläge immer noch um die Verteidigung vieler Errungenschaften wie z.B. um den arbeitsfreien Sonntag. Doch die GPA scheint nicht in der Lage, diesen Angriff abzuwehren. GPA-Vorsitzender Sallmutter versucht zwar durch gelegentliche radikale Aussagen in die Fußstapfen von Dallinger zu treten. Doch bleibt alles so wie es ist, droht beim arbeitsfreien Sonntag das gleiche Debakel wie beim 8. Dezember. Vielleicht mit dem Unterschied, daß erst gar nicht für eine Demonstration mobilisiert wird. Mit einem Volksbegehren will man den arbeitsfreien Sonntag verteidigen, hieß es am letzten GPA-Kongreß im November '98.

Ein Kongreß der Widersprüche

Geht es nach Österreichs Parade-Reaktionär Richard Nimmerrichter (vulgo Staberl) wurde auf diesem Kongreß viel „marxistelt" - was immer das heißen soll. Tatsächlich wurden radikale Reden geschwungen: Zentralsekretär Katzian versprach eine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung, ÖGB-Präsident Verzetnitsch mußte Kritik für seine laxe Haltung in Sachen Sonntagsarbeit einstecken. War es ein Kongreß einer „Kampforganisation", wie Sallmutter die GPA einmal bezeichnet hatte? Obwohl rund 10 Anträge zur Sonntagsarbeit vorlagen, von denen sich einige deutlich gegen jede Aufgabe des arbeitsfreien Sonntags durch eventuelle kollektivvertragliche Regelungen aussprechen, empfahl die Antragsprüfungskomission die Bestätigung eines GPA-Beschlusses vom März '98. In diesem ist aber eindeutig von Sonderregelungen bei „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" die Rede. In der Praxis heißt das, wenn Betriebsrat und Gewerkschaft zustimmen, kann am Sonntag gearbeitet werden. Tatsächlich sind die BetriebsrätInnen aber mit Arbeitsplatzabbau erpreßbar.

Kompromisse auf Kosten der Beschäftigten

Hinter den Kulissen dürfte hier wohl ein Kompromiß zwischen den GPA-Sektionen Industrie und Handel geschmiedet worden sein. Einige „Betriebsratskaiser" aus der Großindustrie bestanden offensichtlich auf „ihr Recht", in „ihrem Betrieb" der Sonntagsarbeit zustimmen zu können. Im Gegenzug boten sie an, wenn die Sektion Handel dieser Vorgangsweise mittels dem laxen Märzbeschluß zustimmt, ein Volksbegehren zu unterstützen.

Die überwiegende Mehrheit der Delegierten hob die Hand, obwohl sie wissen, daß mit dieser März-Resolution die schrittweise Aufgabe des arbeitsfreien Sonntags mitbeschlossen wird. Rund 40 KollegInnen stimmten für einen radikaleren Antrag. Vielleicht ein Zeichen dafür, daß viele die radikalen Reden satt haben. Zu tun gibt es genug - es reicht nicht aus, die Versprechen der GPA-Spitze einzufordern. Von einem Volksbegehren für den arbeitsfreien Sonntag oder einer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung ist nichts zu sehen, obwohl die Angriffe weiterrollen. Wir von der SOV wollen alle GewerkschafterInnen, die etwas tun wollen, an einen Tisch bringen. Denn eines ist klar: ohne Druck von unten wird es keine Verteidigung der sozialen Errungenschaften geben.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslose, Arbeitslose und nochmals Arbeitslose

Während Politik und Wirtschaft nicht müde werden, permanent eine Trendumkehr bei der Arbeitslosigkeit herbeizureden, zeigt die Realität ein anderes Bild: Schließungen da, Kündigungen dort und zum Drüberstreuen für die verbliebenen Beschäftigten Lohnverzicht a lá Phillips Lebering. NAPs hin, NAPs her, die Arbeitslosigkeit steigt und hat mittlerweile einen neuen Rekord in der Höhe von 9,2% nach der alten Berechnungsmethode erreicht. Alleine in der Bauwirtschaft gibt es schon über 100.000(!) Arbeitslose. Die einzigen, die von dieser Entwicklung profitieren, sind die Unternehmer, die sich mittels NAPs und anderer „Beschäftigungsprojekte" in immer verstärkterem Maße ihre Beschäftigten durch Steuergelder bezahlen lassen. Aber alles kein Problem, denn noch immer herrscht die Meinung vor, daß, wer Arbeit will, auch eine findet. Wie das gehen soll sagt zwar keiner, aber notfalls wird eben ein wenig an der Statistik gefeilt oder das Arbeitslosen- bzw. Notstandshilfegeld gekürzt, um den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen. Allmählich scheinen die Versprechungen der Regierung sogar der Gewerkschaft Bau-Holz zu bunt zu werden und deren Vorsitzender Johann Driemer meint zur Misere am Bau: „Wir haben politische Überschriften statt und wollen endlich reale Handlungen sehen." Aber nur auf die Regierung zu warten wird auch nichts bringen, sondern es sind endlich Taten der Gewerkschaft gefragt. Außerdem:

29. Mai 1999 in Köln/Dt.
Euromarsch-Demonstration
Anmeldung unter: 01- 524 63 10

Strommarkt

Wer bezahlt für die „Liberalisierung"?

Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Liberalisierung ist angeblich etwas, von dem wir alle profitieren. So steht's zumindestens im Phrasenbuch der Kapitalisten. Tatsache ist, daß mit 19. Februar 1999 die schrittweise Liberalisierung des Strommarktes begann.

Tatsache ist weiters, daß vorerst nur Großkunden davon profitieren. Und dann ist da noch die Hoffnung, daß in fünf bis sechs Jahren auch die Haushalte (vielleicht) etwas davon haben könnten. Vorher steht allerdings noch die Tatsache, daß, um konkurrenzfähig zu bleiben, rationalisiert wird. Allein die ober-österreichische Energie AG wird über 200 Beschäftigte „abbauen", bei anderen Stromanbietern sieht es nicht anders aus.

Um die Preisnachlässe, die den Großkunden (deren Strompreis schon bisher unter jenem von Privathaushalten lag) nun gewährt werden, zu kompensieren, reichen die Personalkürzungen aber nicht aus. Da müssen dann auch die Privatkunden künftig noch tiefer in die Tasche greifen. Profitieren von der Liberalisierung werden wir wohl nicht!

Ist Frank Stronach ein Sozialdemokrat?

Der reiche Onkel aus Kanada

In nur etwas mehr als einem Jahr hat es Frank Stronach geschafft, vom geheimnisvollen Unbekannten zu einem Promi mit Popularitätswerten zu werden, um die ihn selbst alteingesessene Politiker beneiden. Seither vergeht kaum eine Woche, ohne daß Stronach nicht in irgendeiner Form auf den Titelseiten der Zei-

Ali Kropf
SOV Wien Süd

Begonnen hat es mit der „Erlebniskugel" in Ebreichsdorf (NÖ). Darauf folgten die spektakuläre Übernahme der Steyr-Daimler-Puch AG, der Plan für ein Luxushotel am Wörthersee und der (beinahe) „Aufkauf" der österreichischen Bundesliga Anfang '99 (siehe Seite 6). Ist Stronach, ähnlich wie Phönix aus der Asche, zum „Retter der Nation" aufgestiegen?

Dabei hat der Aufstieg Stronachs ganz reale politische und wirtschaftliche Ursachen. Da ist einerseits die starke Verflechtung zwischen dem Magna-Konzern und der österreichischen Politik. Nicht umsonst war Stronach der wirtschaftliche Berater von Ex-Bundeskanzler Vranitzky, der heute wieder gemeinsam mit dem Bank-Austria Generaldirektor Randa im Aufsichtsrat von Magna sitzt. Diese „SPÖ-Connection" war es auch, die gemeinsam mit dem damaligen Steyr-Generaldirektor Streicher den Verkauf der Steyr AG an Magna einfädelte. Und Streicher holte als Präsident der Austria Wien Stronach vorerst als „Sponsor" zur Austria und legte damit den Grundstein für dessen „Fußballengagement".

So ergibt und ergab eines das andere. Neben den „neuen" Sozialdemokraten der Banker und Manager findet man/frau aber auch „kreiskyanisches Urgestein", wie den ehemaligen Innenminister Karl Blecha, im Magna-Konzern. Stronachs Stärke besteht darin, nicht nur zur SPÖ beste Kontakte zu pflegen, sondern auch zu den anderen Großparteien. Der ehemalige Kärntner FPÖ-Vorsitzende und „Haider-Klon" Karl-Heinz Grasser ist mittlerweile Sprecher des Magna-Konzerns und die Freundesliste Stronachs liest sich wie das „Who ist Who" der österreichischen Wirtschaft und Politik.

Der zweite Grund für Stronachs

Der Onkel aus Amerika – spricht undeutlicher als Schwarzenegger

Aufstieg ist fast noch banaler als der erste: Die Politik von SPÖ und ÖVP. Denn die Regierung will privatisieren und Stronach will kaufen! Und weil gute Kunden bessere Bedingungen erhalten, dürfte Stronach beim Steyr-Kauf „Mengenrabatt" erhalten haben. Es bewahrheitet sich, was Vorwärts bereits vor einem Jahr (Nr. 80) schrieb, nämlich, daß Magna den Steyr-Konzern für einen Pappenstiel gekauft hat.

Auch an die Versprechungen bei der Übernahme Steyrs kann sich heute kein Politiker mehr erinnern und so ist die Kündigung von 100 Mitarbeitern im Werk Steyr keine große Tragödie für Klima, Pühringer & Konsorten, die Stronach noch vor einem Jahr als den „Retter" des Steyr-Konzerns bezeichneten.

Der nächste logische Schritt für Stronach wäre der in die Politik. Den dürfte sich aber die „Mutter Teresa des Kapitalismus" (O-Ton Profil) – sparen können, da sowieso die Politiker aller Coleurs vor seiner Tür in Reih und Glied stehen.

Krise in Brasilien

Lateinamerika: Wenn die

Börsenkrise, Rezession, Arbeitslosigkeit. Das ist Brasilien 1999. Von den insgesamt 160 Millionen EinwohnerInnen hungern 32 Millionen. Das ist die Realität im - zum Teil hochindustrialisierten - „Schwellenland" mit unermesslichen Bodenschätzen,fruchtbarem Boden und günstigem Klima: Brasilien exportiert heute v.a. Kaffee,Eisenerz, Orangensaftkonzentrat und Soja. Gleichzeitig müssen Reis und Bohnen importiert werden, um die Grundversorgung der Bevolkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Dazu kommt noch, daß in kaum einem anderen Land der Welt der Reichtum so ungleich verteilt ist.

Stefan Kerl, SOV Wien Nord

Abhängigkeit und Konzentration des Reichtums auf wenige prägen die Entwicklung Brasiliens bis heute. Auch die Landkonzentration nimmt ständig zu: Heute nennen die 2,8 Prozent Großgrundbesitzer 56,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr eigen. Ihnen gegenüber stehen 89,1 Prozent Kleinbauern, die 23,4 Prozent der Flächen bewirtschaften. Verdrängung und Vertreibung haben 4,8 Millionen Familien zu Landlosen werden lassen - sie schlagen durch von der Landlosenbewegung MST organisierte Besetzungen von ungenutztem Großgrundbesitz zurück. Die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt leidet aber auch unter einer enormen Schuldenlast und einer anhaltenden Kapitalflucht. Die Verbindlichkeiten Brasiliens gegenüber internationalen Geschäftsbanken belaufen sich auf rund 70 Milliarden Dollar und gegenüber brasilianischen Finanzinstituten auf rund 300 Milliarden Dollar.

Crash

Man hat das Szenario in den vergangenen zwei Jahren oft genug betrachten können: Eine bisher als „Wirtschaftswunderland" gesehene Volkswirtschaft wird - scheinbar plötzlich - zum Ziel von Attacken internationaler Spekulanten. Erst stoßen sie ihre Aktienbestände ab und lösen mit dem Verkauf der dafür erhaltenen Landeswährung den Beginn der Abwertung der Währung aus. Nach einigen Jahren des Wachstums, seit dem „Sieg" über die Hyperinflation Anfang der neunziger Jahre bekommt die Weltwirtschaft jetzt die Rechnung für die durch teure Kredite finanzierte Konjunktur präsentiert. Der Verlauf erinnert an die Asien-Krise: Wachsende Exporte und Kredite heizten die Konjunktur an, während die brasilianische Regierung einen Hartwährungskurs verfolgte - Zinsen und Verschuldung stiegen so immer weiter. Als die globale Investorengemeinde die Halbierung der Devisenreserven in den letzten sechs Monaten bemerkte, denen ebenso hohe Kapitalspritzen des Internationalen Währungsfonds (IWF) Ende 1998 gegenüberstanden, ergriff sie Mitte Jänner die Flucht.

Ein Devisenabfluß von zwei Milliarden Dollar innerhalb weniger Tage führte zum Rücktritt des brasilianischen Notenbankpräsidenten Gustavo Franco. Gleichzeitig wurde die Landeswährung Real faktisch um acht Prozent gegenüber dem US-Dollar abgewertet (Erst im November mußte eine drohende Abwertung durch ein vom IWF geschnürtes Kreditprogramm in Hohe von 41,5 Milliarden Dollar noch in letzter Minute abgewendet werden). An der Börse in Sao Paulo purzelten die Kurse. In den ersten zehn Handelsminuten fiel der Index um zehn Prozent. Daraufhin wurde der Handel ausgesetzt. „Ausgelöst" wurde die aktuelle Krise durch die Ankündigung der Regionalregierung von Minas Gerais, die Schulden beim brasilianischen Staat in Höhe von 13,4 Milliarden Dollar für 90 Tage nicht zu bedienen.

Kinderarmut, Kinderarbeit, Kinderprostitution...

Maßnahmen wie dieser wird jetzt die Schuld zugeschoben. Die Anleger fürchteten, andere Regionalregierungen würden diesem Beispiel folgen. Allein am 13. Jänner zogen verunsicherte Anleger 1,5 Milliarden Dollar ab. Bis dahin war Brasilien ein Paradies für Investoren: Rund 5,3 Billionen Schilling (das sind geschätzte 90 Prozent des Sozialprodukts) schafften Firmen und Privatpersonen im Vorjahr abgabenfrei an den Finanzämtern vorbei. Diese Milliardäre sind wohl eher als die wahren Auslöser für den Crash zu bezeichnen.

Weltweite Ursachen und Auswirkungen

Das „Nachziehen" anderer Märkte in Lateinamerika ließ nicht lange auf sich warten: In Mexiko verlor der Peso am „Tag danach" gut sieben Prozent seines Werts. In Argentinien stürzte der wichtigste Börsenindex um 9,4 Prozent, in Chile um fast sechs Prozent.

Und während uns bürgerliche Medien in Europa weiß machen wollten, daß die Krise keine globalen Auswirkungen haben würde und sich

Interview mit Vilma Alvarez Parada

„Opposition ist eine Überlebensfrage"

Vom 22. bis 25. Februar war Vilma Alvarez Parada, Mitglied der chilenischen Sektion des CWI, Democracia Obrera (ArbeiterInnendemokratie) und Generalsekretärin der Gewerkscchaft von Johnsons No.1, einem Textilbetrieb, in Österreich. Ein Interview über die generelle ökonomische Situation und ihre Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft führte Pablo Hörtner.

Vorwärts: Welche konkreten Auswirkungen haben die Asienkrise und die Krise in Lateinamerika auf Chile?

Vilma: In den Betrieben wurden die Auswirkungen der Krise, die in Asien ja schon 1996 eingesetzt hat, erst im Juli letzten Jahres stärker spürbar. Die Unternehmer reagierten mit Sparmaßnahmen; sie führten Lohnkürzungen durch etc. In unserem Fall verlangten sie 30 % Lohneinbußen von den Angestellten.

Im vorigen Jahr gab es bereits heftige Proteste seitens der LehrerInnen, der StudentInnen und der SchülerInnen, und auch der Mapuche (indigene Bevölkerung, Anm.d.Red.).

Wie sieht die Situation abgesehen von den Lohnkürzungen?

Um Kapital anzuziehen, wurden Beschäftigte gekündigt bzw. Betriebe geschlossen. Das Geld wurde in die Banken gesteckt. Wegen der relativ hohen Zinsen wurde fleißig spekuliert. Die am stärksten betroffenen Bereiche der Wirtschaft waren die Textil- und die Schuhindustrie. Fast alle Unternehmen sind hier praktisch verschwunden.

Die Krise hat voll zugeschlagen?

Im Juli war bereits von Rezession, von den Problemen eines etwaigen Tiefs etc. die Rede; zwar nicht offiziell, weil immer noch eine gewisse Diskrepanz gegenüber all diesen Dingen existiert. Die Regierung beteuerte sehr, daß wir eine vom externen Markt stark unabhängige Wirtschaft hätten, und daß jede Fluktuation, die es und jedes Ungleichgewicht, das es in der Weltwirtschaft gäbe, uns nichts anhaben könne.

Doch in Wirklichkeit ist Chile eine sehr stark vom Weltmarkt abhängige Volkswirtschaft?!

Enge Wirtschaftsverflechtungen gibt es vor allem mit Asien und innerhalb Lateinamerikas mit Brasilien. Und auch da gibt es Probleme, da die Wirtschaftskrise und die Situation in Brasilien den Export nach Brasilien erschweren. Also haben wir gesagt, daß uns die Wirtschaftskrise vergangenes Jahr von den Unternehmern bezahlt werden müßte. Das Problem war, daß die Zentrale der CUT (des chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes, Anm. d. Red.) keine derartigen Forderungen aufstellte - bis etwa Oktober letzten Jahres. Und nur aus Furcht haben einige „sozialistische"

Vilma Alvarez-Parada

und einige „kommunistische" FührerInnen begonnen darzulegen, daß es nicht korrekt wäre, daß die Unternehmer verlangten, den Lohn zu kürzen und die Krise ausnützten, um Kündigungen vorzunehmen.

Und was ist mit deinem Betrieb?

Mein Betrieb war einer der wenigen im Textilsektor der übriggeblieben ist. Es ist schon fast so wie in Mittelamerika mit den Maquilas (Sonderwirtschaftszonen, Anm.d.Red.), einem Sektor, in dem es kein Recht gibt, wo keine Arbeitsschutzgesetzgebung existiert und auch keine würdigen Arbeitsbedingungen.

Was heißt das konkret?

Eine Kollegin arbeitet in einem Betrieb, der dem selben Chef wie meiner gehört. Die Produktion wurde in Produktionsstätten ohne Waschräume verlagert, wo 40-50 Arbeiterinnen auf kleinstem Raum zusammengepfercht ohne Ruheraum etc. auskommen und nach Hause oder auf die Straße gehen müssen, um zu essen. Die Unternehmer streiten mit den Kolleginnen, beschimpfen sie, weil die Produktion nicht schneller vorangeht, sie zu angeblich langsam arbeiten, daß sie sich beeilen sollen, damit sie mit einer gewissen Anzahl von Produkten fertig werden etc.

Werden diese Bedingungen vom Staat geduldet, ist so etwas nicht illegal?

Diese Produktionszonen sind natürlich illegal, doch die Regierung schaut zu. Besonders schlimm ist es in der Schuhindustrie, weil dort bestimmte „Quoten" - also Akkordarbeit - vorherrschen. Hier gibt es viele Termingeschäfte, die zu extremem Streß führen. Vielen Arbeiterinnen werden nach der Schließung einer Fabrik sogar Maschinen mit nach Hause gegeben, sodaß dort ihre gesamte Familie mitarbeiten muß, um die Auflagen der Unternehmer zu erfüllen. Schwarzarbeit unter dem durchschnittlichen Einkommensminimum, Kinderarbeit usw. werden so zur Regel!

Du bist nicht nur im Betrieb und Deiner Gewerkschaft aktiv sondern auch in der CUT. Wie sieht Deine Arbeit aus?

In den letzten Jahren habe ich eine Kampagen gegen die sexuelle Belästigung meiner KollegInnen durchgeführt. Da sie sich auch gegen die korrupten Gewerkschafter in meinem Betrieb richtete, führte das zu Problemen auch mit ihnen!

Die CUT betreibt leider eine sehr „sozialpartnerschaftliche" Politik, die auf Kosten der Beschäftigten geht. Innerhalb der CUT ist es im April 1996 auf Grund unserer Initiative gelungen, gemeinsam mit VertreterInnen der LehrerInnen, Kohle- und HafenarbeiterInnen eine Gewerkschaftsopposition zur von SP, KP und DC paritätisch besetzten und CUT-Führung aufzubauen, die momentan um die 140.000 AktivistInnen umfaßt.

Dann wünschen wir Dir auch weiterhin viel Erfolg beim Kampf und danken für dieses interessante Gespräch.

Börse Samba tanzt...

nicht auf Europa oder die USA übertragen wurde, sprechen die Zahlen eine andere Sprache: In New York eröffnete die Wall Street ihre Sitzung im freien Fall. Der Dow Jones Index sackte binnen weniger Minuten um mehr als 200 Punkte ab, zu Ende des Börsentages waren es 250 Punkte. Die größten europäischen Märkte beendeten den Tag mit drei bis fünf Prozentpunkten Verlusten; in Spanien, dem Land Europas, das den meisten Handel mit Brasilien treibt, fiel der Index um fast 9 Prozent.

Tatsächlich ist die Krise in Brasilien nur Ausdruck der globalen kapitalistischen Krise: Der Abschwung der Weltwirtschaft setzt sich von Asien über Rußland nach Lateinamerika fort. Seit Monaten gibt es einen Rückzug der Finanzspekulanten in „Sichere Märkte" in den USA und Europa.

Im Oktober 1998 war die Industrieproduktion in Brasilien um fast ein Zehntel gegenüber dem Vorjahr gefallen. Ein Hauptgrund sind die ständig fallenden Rohstoffpreise, mit denen die westlichen Konzerne ihre Profite verbessern wollen. Jetzt schlägt diese Entwicklung in ihr Gegenteil um: Vor allem das Zahlungsbilanzdefizit der USA - 1999 wurden bis jetzt über 250 Milliarden Dollar erwartet - droht sich durch die Brasilienkrise noch weiter zu vergrößern - der stotternde Weltkonjunkturmotor USA könnte bald zum Stillstand kommen.

Die völlige Zerstörung trifft vor allem die Armen

Neoliberales Sanierungsprogramm

Präsident Cardoso will sein Stabilisierungsprogramm zur Sanierung der stark defizitären Staatsfinanzen möglichst rasch durch den Kongreß bringen, um die Finanzmärkte zu beruhigen. Das Programm soll öffentliche Ausgabenkürzungen und höhere Steuern enthalten. Der IWF forderte Brasilien auf, dieses Sanierungsprogramm aufrechtzuerhalten. Die Regierung wird vielleicht auch „nationale Heiligtümer", wie den staatlichen Petrobras (Erdölkonzern), die Bank Brasiliens und andere privatisieren, um die Finanzmärkte zu beschwichtigen.

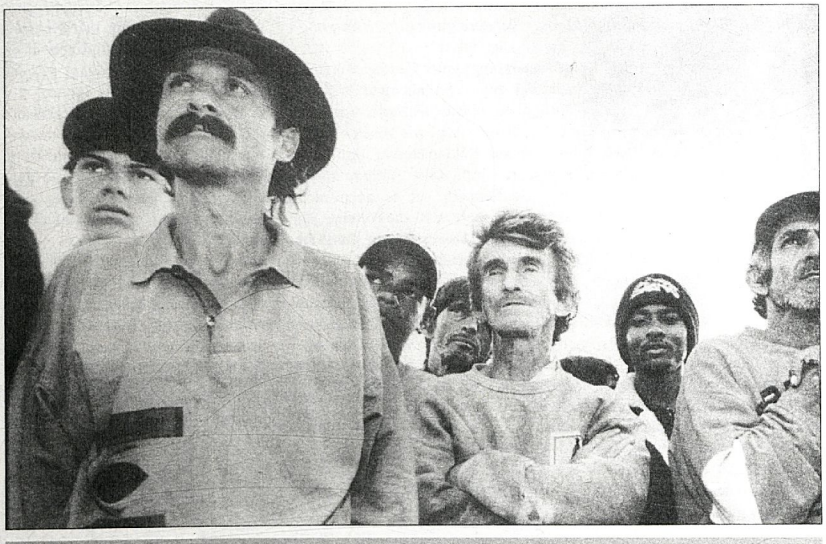
Der Widerstand formiert sich

Der Widerstand gegen die neoliberale Kürzungspolitik des „sozialdemokratischen" Präsidenten Cardoso formiert sich: Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel die Bewegung der entlassenen Ford-Arbeiter (Die Autoindustrie baute 1998 11.000 Arbeitsplätze ab, das waren fast zehn Prozent des Bestandes zu Jahresbeginn). Die Regierung versucht, den Widerstand und soziale Unruhen brutal niederzuhalten. Die Polizei hat allein in der Millionenmetropole Sao Paulo in den ersten elf Monaten des Jahres 1998 417 Menschen erschossen, eine Zunahme im Vergleich zu den Jahren davor.

Sie wird ihn aber nicht verhindern können. Staatliche Ausgabenkürzungen werden Aktionen von öffentlichen Angestellten, SchülerInnen und StudentInnen provozieren. Landlose Landarbeiter (geführt von ihrer Organisation, der MST), bereiten ebenso Mobilisierungen vor.

Vor allem der CUT (der brasilianische Gewerkschaftsbund) und der ArbeiterInnenpartei PT käme eine wichtige Rolle zu. Die PT konnte bei den Wahlen Ende 1998 die Regierung des (fünftgrößten) Bundestaates „Rio Grande do Sul" übernehmen - der größte Sieg in ihrer Geschichte der durch eine breit getragene Kampagne erreicht wurde. Die Bürgerlichen versuchten mit Gewaltaktionen und „Schmutzkübeln" diesen Wahlsieg zu verhindern und wurden durch den Widerstand der ArbeiterInnen, Bauern und Landlosen in die Schranken gewiesen. Unglücklicherweise schiebt die PT-Führung jetzt die radikalen Maßnahmen - mit dem Hinweis auf fehlende absolute Mehrheiten und die Zentralregierung - auf. Was jetzt droht ist - unter Berufung auf den IWF - ein Aushungern des PT-regierten Bundesstaates durch die Regierung von Präsident Cardoso.

Die Reaktion des PT-Führers Lula auf die Krise war ebenfalls höchst problematisch: Er zeigte sich besorgt um Cardosos Präsidentschaft und gab sich konstruktiv. Seiner Meinung nach, würde eine Regierungskrise jetzt das Land ins Chaos stürzen. Tatsächlich wäre die jetzige Krise eine große Chance für die brasilianische Linke: Eine klare antikapitalistische Alternative zur Krise und der Aufbau einer Massenbewegung, die ArbeiterInnen, BäuerInnen und LandarbeiterInnen, StudentInnen und Arbeitslose gegen Cardoso und den IWF, vereint, könnte die Regierung, Multis und Großgrundbesitzer besiegen.



Hurrican Mitch

Wirklich nur eine „Naturkatastrophe"?

Der Hurrican Mitch hinterließ Ende letzten Jahres mindestens 11.000 Tote und tausende Vermißte in Zentralamerika. Er traf mitten in das Herz einer Region, in der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung auf der Tagesordnung stehen. In Nicaragua wurden 300 Schulen, ein Viertel der Stromversorgung und ein Viertel des Transportwesens zerstört. In Honduras sind drei Viertel der Infrastruktur versunken und zerstört, 93 Brücken wurden weggerissen, die wichtigsten Straßen gibt es nicht mehr. Das Land besteht eigentlich nur mehr aus wenigen „Inseln" ohne Verbindungen untereinander.

Honduras und Nicaragua sind nach Haiti die ärmsten Länder der „westlichen Welt". Das durchschnittliche Einkommen liegt bei gerade öS 15,- bzw. öS 25,- täglich. Der Präsident von Honduras, Carlos Flores, beschrieb die Katastrophe als eine Art reinigendes Gewitter, nach dem ein neues Honduras - modern und ohne ungerechtfertigte Privilegien - entstehen würde. Für die Bevölkerung ist das blanker Zynismus. Flores erste Maßnahmen nach seinem Amtsantritt vor rund einem Jahr bestanden in der Senkung der Exportsteuer für Bananen und der Erhöhung der Mehrwehrtssteuer von 7 auf 12 %. Getroffen wurden davon ausschließlich die Ärmsten der Armen. Flores setzt mit seiner Politik die „Tradition" fort, die Honduras zum Inbegriff der „Bananenrepublik" machte: Immer den multinationalen Konzernen verpflichtet. Die US-Multis Dole-Food und Chiquita - seit 100 Jahren in Honduras tonangebend -haben nach der Katastrophe erklärt, „leider" tausende BananenarbeiterInnen entlassen zu müssen. Die Gewerkschaft meint, daß die Konzerne die Katastrophe benützen, um Überkapazitäen loszuwerden. Tatsächlich sind die Anbaubedingungen auf den Plantagen, durch die Anreicherung der Böden mittels Schlamm, sogar besser als vorher.

Geben und vor allem Nehmen

Honduras wurden einige hundert Millionen Dollar finanzielle Hilfe von der „Staatengemeinde" zugesagt. Ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, daß von Honduras alleine 3,6 Milliarden Dollar an diverse Banken gezahlt wurden, um den Zusammenbruch des Kreditsystems im September 1998 aufzufangen. 80 Prozent des Budgets von Honduras gehen in die Schuldenrückzahlung - 40 % sind es bei Nicaragua. Wer für die Schulden bezahlen muß liegt auch auf der Hand: Honduras gab für die Bedienung der Kredite 1996 mehr als 2,5 mal soviel aus wie für Gesundheits und Bildungswesen. Um jetzt einen begünstigten Status beim IWF zu bekommen, müssen die beiden Länder über drei Jahre hinweg einem rigorosen IWF-Sparkurs folgen.

Hinterhof

Die gesamte Region wird von den USA seit jeher als eine Art Hinterhof betrachtet. In den 80er Jahren war Honduras das Aufmarschgebiet der „Contras" gegen die nicaraguanische Revolution. Unter Präsident Reagan gaben die USA für diesen Krieg 2 Milliarden Dollar aus, 7.000 US-Soldaten waren in Honduras stationiert. Doch nicht nur der Waffenhandel florierte, auch der Drogenhandel durch Contra-Kriegsherren und honduranische Geschäftsleute blühte unter den „wachsamen Augen" des CIA in dieser Region. Als ein weiteres „Erbstück" dieser Zeit sind unzählige Landminen zu betrachten, die jetzt über die beiden Staaten verstreut in den Flüssen liegen.

Kapitalismus: Unfähig zur Hilfe

Ein System, daß auf der Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse und ärmsten Schichten aufbaut, ist unfähig, in dieser Situation zu helfen: Umweltkatastrophen gehen hier Hand in Hand mit dem ökonomischen Chaos. Natürliche Katastrophen treffen auf ein Umfeld von sozialer Katastrophe, welches unfähig ist zur Hilfe und plötzliche Katastrophen erst zu solchen werden läßt.

Während mit modernster Technologie der Irak angegriffen wurde, waren zur selben Zeit für die gesamte Region gerade der Gegenwert einiger Raketen an Hilfe zugesagt. Die USA und ihre politischen Verbündeten werden trotzdem in den nächsten Jahren jedes Problem, daß in Honduras oder Nicaragua sichtbar wird, auf die „Folgen der Naturkatastrophe" schieben. Es ist zu bezweifeln, ob diese „Entschuldigung" von der Bevölkerung dieser Länder geglaubt wird. Immerhin wurde Nicaraguas Präsident beim Besuch einiger Dörfer mit „Mörder, Mörder" Rufen empfangen, nachdem er medizinische Hilfe aus Kuba abgelehnt hatte...

Fußball

Ein Bombengeschäft!

Die finanziellen Probleme heimischer Fußballvereine wurden in den letzten Jahren Routine. Dieses Jahr traf es den FC LASK Linz, vor ein paar Jahren den FC-Tirol und Rapid Wien - von den chronischen Schwierigkeiten kleiner Vereine ganz zu schweigen.

Albert Kropf
SOV Wien Süd

Nach Saisonende beginnen die Transfers. Für immens hohe Summen wechseln die Spieler von einem Verein zum anderen und man fragt sich nur: Wer soll das eigentlich bezahlen? Nun scheint es so, als wenn sich auch die Vereinspräsidien diese Frage stellen würden und deshalb immer öfter auf diverse Finanz-jongleure, Banker und Milliardäre a lá Rieger, Mair oder Stronach hereinfallen. Das Resultat: Zu den oft sportlichen Mißerfolgen der schnell zusammengekauften „Dreamteams" kommt dann auch noch das böse Erwachen, wenn das Geld des „Mäzens" ausbleibt bzw. die Finanzkonzepte wie Kartenhäuser zusammenfallen.

Beispiele?: Diese reichen vom Ex FC-Tirol Funktionär und „Sponsor" Klaus Mair über den Ex-LASK Präsidenten Wolfgang Rieger bis hin zu Walter Meischberger, der einst den Transfer von Peter Stöger zu „Mairs FC-Tirol" für ein angebliches „Taschengeld" von 700.000 Schilling (lt. OÖN vom 2.10.95) am Finanzamt vorbeischleuste.

Nun erscheint mit dem neuen Ligapräsidenten Frank Stronach ein neuer Mäzen, an dem die Vereine am österreichischen Fußballhimmel „gesunden" sollen. Es sind nicht nur dubiose Bankiers und dergleichen, die sich für den Fußballsport interessieren; der Fußball selbst wird immer stärker in die Profitlogik verstrickt. So hat in den letzten Jahren der Trend zur gewinnbringenderen Vermarktung des Fußballs und die Abhängigkeit der Vereine von ihren Geldgebern immer weiter zugenommen. Die sportlichen Aspekte stehen dabei schon längst hinter den wirtschaftlichen zurück. Denn die Investoren und Großkonzerne wollen mit dem Fußball und seiner Vermarktung fette Gewinne erzielen. Vor gerade einmal rund 25 Jahren gab es die ersten Trikotsponsoren und heute sind die Spieler zu laufenden Reklametafeln umfunktioniert.

Mittlerweile ist es auch nichts Neues mehr, daß die Vereine jährlich ihre Dressen ändern, damit sich die Fans jede Meisterschaft neue Trikots ihrer Stars kaufen müssen. Überall wird den Fans immer mehr Geld mittels Eintrittskarten und Fan-Zubehör aus den Taschen gezogen. Jeder auch noch so kleine Bereich wird gewinnbringend organisiert und privatisiert.

Nicht umsonst wollte der steinreiche Industrielle und Mediengigant Rupert Murdoch erst kürzlich eine EUROLIGA mit den besten europäischen Vereinen aus dem Boden stampfen und an den Vermarktungs- und Übertragungsrechten verdienen.

Das Konzept wurde zwar noch abgelehnt, aber es zeigt bereits die künftige Entwicklungsrichtung an. In Österreich wurde Mitte Feber der „heimgekehrte" Milliardär Frank Stronach von den Fußballvereinen zum neuen Ligapräsidenten gewählt. Sein Konzept besteht darin, daß die Bundesligavereine (1. und 2. Liga) eine fixe Summe erhalten und dafür sämtliche Übertragungsrechte an einen Sport- und Wettkanal abgeben, der zufälligerweise auch Stronach gehört. Dazu tritt er nebenbei auch noch als Sponsor etlicher Vereine auf. Bei seiner Wahl profitierte Stronach von der tristen finanziellen Situation der meisten Vereine, die „schnelles" Geld gut gebrauchen konnten und so für sein Konzept der „Selbstaufgabe" stimmten.

Die Wahl Stronachs zum Ligapräsidenten der österreichischen Bundesliga bedeutet neben der völligen Auslieferung der Vereine an Stronachs Sport- und Wettkanal auch einen weiteren Triumph des Neoliberalismus, alle Bereiche des Lebens vermarktungs- und kapitalgerecht zu organisieren und die Einflußnahme der Fans auf ihre Vereine weiter zurückzudrängen. Als einzige Alternative zu Stronach und seinem Modell präsentierte sich im Zuge der Auseinandersetzung der Präsident des SK Sturm Graz, Hannes Kartnig. Wenn es ihn auch sympathisch erscheinen läßt, weil endlich jemand den Mut aufbringt, Stronach in die Schranken zu weisen, so unterscheidet sich auch sein Konzept nicht grundlegend von dem Stronachs: Beide wollen mit dem österreichischen Fußball Geld machen - nur eben jeder auf seine Art.

Film/ Ken Loach

My Name is Joe

Neuer Film, mehr oder weniger neues Thema: in seiner letzten Kreation versucht sich Ken Loach in der sozialkritischen Tragikomödie. „My Name is Joe" ist eine Geschichte von Armut, Kriminalität, Freundschaft und nicht zuletzt Liebe. Und vom Kapitalismus.

Ken Horvath
OG Wien Süd

Es ist sein zweiter Versuch, vom Alkohol loszukommen. Sein zweiter Versuch, das Leben in einem armen Viertel von Glasgow in Schottland eigenständig zu meistern. Über Wasser kann er sich kaum und nur mit Gelegenheitsjobs halten. Was ihn anscheinend am Leben hält, das sind „seine Kinder": die von ihm betreute und wohl schlechteste Fußballmannschaft der Stadt.

Eines Tages lernt er eine Sozialarbeiterin namens Sarah kennen. Die beiden verlieben sich, beginnen eine Beziehung, trennen sich ungefähr dreimal in neunzig Minuten und finden wieder zueinander zurück. Dazwischen stehen eine ganze Reihe von Gewissensentscheidungen.

Die sozialkritische Facette des Films kommt am deutlichsten im Schicksal von Liam, einem der Spieler in Joes Team, zum Ausdruck. Verheiratet und Vater, hat er nicht nur damit zu kämpfen, von der Nadel loszukommen, sondern auch noch mit einer Gang, bei der er aus seinen Drogentagen noch beträchtliche Schulden hat. Schließlich verfällt seine Frau wieder der Sucht, was die Schulden noch mehr in die Höhe treibt und Liam selbst in eine unangenehme Situation bringt: zahlen oder gebrochene Beine. Wissend, daß er seine Beziehung zu Sarah aufs Spiel setzt, hilft Joe, indem er für die Gang Botendienste leistet. Das Ende sei offengelassen – schön ist es trotzdem nicht.

Wut und Ohnmacht in Situationen ernsthafter Existenzbedrohung, der ständige Kampf mit sich selbst und seiner Umwelt, manchmal ums nackte Überleben: Loach präsentiert mehr als soziale (und systembedingte) Widersprüche. Er bringt sie auf eine persönliche Ebene. Daß darunter die (offensichtliche) Systemkritik ein wenig leidet, liegt auf der Hand. Was man zu sehen bekommt, ist die Geschichte einer - sozial geteilten Stadt.

In zwei Stadtteilen von Glasgow mit mehr als nur unterschiedlichen

Ken Loach's neuer Film

Postleitzahlen gab es Untersuchungen über die Auswirkungen von Schwerstarbeit. In dem einen lag die Lebenserwartung um zehn Jahre höher als im anderen.

„Wenn du da unten bist, ist die Wahl krass: entweder fünfzig Pfund die Woche oder Geld durch Drogen. Über diese einfache Tatsache spricht der Film", meint der Drehbuchautor, Paul Laverty. Und darüber, daß es von der Position einer privilegierten Postleitzahl aus leicht ist, die Entscheidungen anderer zu kritisieren. Und noch einen Aspekt nennt Laverty: „Sarah ist die Starke in der Beziehung. Das ist typisch für die Gegend. In Nachbarschaftskomitees, Mieterinitiativen usw. sind es die Frauen, die organisieren".

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten ein, schauen uns Filme an, planen die nächsten Aktivitäten ...

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH:
jeden 1. und 3. Montag im Monat, „Pizzeria Romano"; 19 Uhr
...sse

...MMTISCH
... Montag im Monat, ...lberg"; 19 Uhr
...2-4

...REICH-WELS
... 14 Uhr
...kfrage

...Rassismus in Europa
...um 19 Uhr
...se/Ecke Dürergasse

...lenum Wien Mitte
... um 19 Uhr
...us, Stiftg.8

jeden Montag von 9 bis 11.00 Uhr Aktion zum Thema Arbeitszeitverkürzung vor dem Arbeitsamt Pasettistraße

Termine

15. März	**„Verschiedene sozialistische Gewerkschaftsprogramme" SOV-GewerkschaftsStammtisch**
16. März	**„Wohin gehen die Grünen?" Diskussion zwischen der Bezirksgruppe Leopoldstaat der Grünen und der SOV Wien Nord**
17. März	**„Feminismus und Marxismus" SOV Wien Mitte**
19. März	**„Frauenberufe - Dienstleistungsberufe" SOV Wien West**
24. März	**„Gewalt in der Familie" SOV-FrauenStammtisch**
30. März	**„Pro und Kontra Grundeinkommen" SOV Wien Süd**

Jetzt aktiv werden!
Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
O zu Veranstaltungen eingeladen werden
O Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine Arbeiterinneninternationale (KAIROS), das in über 30 Ländern vertreten ist.

VORWÄRTS abonnieren!
- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:
Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:
O ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200.-)
O ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100.-)
O Gewerkschaftszeitung "Die Einheit" (Jahresabo 4 Nummern öS 100.-)
O ...Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

SOV

Neues aus dem CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Schweden

Pro und Kontra Lenin

Stockholms Stadtregierung hat offensichtlich enorme Angst vor Lenin und seinen Ideen. Seit kurzem führt sie, auf Initiative der Sozialdemokraten und der Liberalen eine sogenannte „Informationskampagne" über, oder besser: gegen Lenin, an Stockholms Schulen durch. JedeR SchülerIn erhält eine Informationsbroschüre in dem über den „Terror" Lenins „informiert" wird. Die Tatsache, daß auch Schweden die Invasion in die Sowjetunion 1918, die einen dreijährigen, blutigen Bürgerkrieg auslöste, unterstützte, fällt unter den Tisch. Die schwedische Sektion des CWI, Rättvisepartiet Socialisterna, reagiert mit einer Broschüre zu Lenin, Buttons, Aufklebern und Infoveranstaltungen. Denn: „Daß die Regierung versucht, Lenin derart schlecht zu machen, zeigt, daß sie noch immer Angst vor seinen Ideen hat" meint Anna-Klara Engquvist, Rättvisepartiet/S.

Deutschland

Gegen die rassistische Kampagne der CDU

Die SAV, die deutsche Schwesterorganisation der SOV, führte in den letzten Monaten eine Reihe von Kundgebungen gegen die rassistische Kampagne der CDU gegen die DoppelstaatsbürgerInnenschaft durch. In Aachen setzte die CDU noch eines drauf. Unter einem Foto, auf dem das aus Ruanda stammende SAV-Mitglied Gaetan Kayitare bei einer Kundgebung gegen die CDU-Unterschriftenaktion abgebildet war, stand in der Mitgliederzeitung "CDU intern": „Wer sich so in Deutschland einführt und aufführt, dem sollten wir nicht unsere Gastfreundschaft und schon gar nicht die deutsche Staatsbürgerschaft geben. Wer den Straßenkampf von Ruanda nach Deutschland importiert, gehört nicht hierher."

Gegen diesen Versuch, SozialistInnen und ImmigrantInnen zu diffamieren gibt es breite Solidarität für die SAV und Gaetan sowie Aktionen gegen die CDU, der offensichtlich kein Slogan zu rechts ist.

Sri Lanka

Linkes Wahlbündnis

Bei den Provinzwahlen am 1. April tritt die „New Left Front" an, an der sich neben der Sir Lankesischen Sektion des CWI auch die NSSP, die KP und einige andere linke Organisationen beteiligen. Der Wahl vorausgegangen sind am 22. Februar Demonstrationen und Streiks gegen die Privatisierung der Post.

Kurdistan

Freiheit für Kurdistan

Die Entführung von PKK-Chefs Abdullah Öcalan am 15.2. durch ein türkisches Geheimdienstkommando löste eine Welle von Demonstrationen, Besetzungen und anderen verzweifelten Aktionen von KurdInnen in ganz Europa und der Türkei aus. Dem PKK-Führer droht nun, wo er auf einer Gefängnisinsel im Marmarameer gefangen gehalten wird, die Todesstrafe.

Alfred Ratz
SOV Wien Nord

Den europäischen „Demokraten" war und ist egal was mit Öcalan und den KurdInnen geschieht. Die Türkei ist Nato-Partner und wichtigster Partner der USA im Nahen Osten. Im Kampf gegen die KurdInnen werden u.a. deutsche und britische Waffen eingesetzt und auch in Westeuropa werden die KurdInnen teilweise nicht als unterdrücktes Volk anerkannt. Trotz desVölkermords durch die Türkei, haben KurdInnen kein generelles Asylrecht.

Gemeinsame Sache gegen die KurdInnen

Die PKK ist in Deutschland verboten, und auch in Österreich wurde von verschiedenen politischen Kräften ein PKK-Verbot gefordert. Besonders die Boulevardpresse nahm die europaweiten KurdInnenproteste zum Anlaß für ausländerInnenfeindliche Hetze. Als aufgebrachte KurdInnen versuchten, die israelische Botschaft in Berlin zu stürmen, wurden vier von ihnen erschossen und weitere 15 zum Teil schwer verletzt. Keine (westliche) Regierung hat diesen Vorfall verurteilt - ein weiteres Anzeichen dafür, daß im Fall von Kurdistan - wo kein Öl zu holen ist und man dem NATO-Partner nicht vor den Kopf stoßen möchte, die sonst gern zitierten „Menschenrechte" unwichtig sind.

Zwar wurde ein „faires Verfahren" gefordert, aber obwohl ein solches ausgeschlossen ist, hat das praktisch keinerlei Konsequenzen. Kein Protest gegen die Verhaftung von 2000 Mitgliedern der prokurdischen HADEP, die bei den letzten Wahlen in den KurdInnengebieten mehr als 50% der Stimmen erhielt. Wie auch in der Vergangenheit wurde auch jetzt zur Unterdrückung kurdischer aber auch türkischer GewerkschafterInnen und KritikerInnen geschwiegen. In der Türkei gibt es mehr SchriftstellerInnen und JournalistInnen im Gefängnis als in jedem anderen Land der Welt (außer China).

Kein einiges Volk

Obwohl Öcalan gern als „Kurdenführer" bezeichnet wird, ist dieses Volk keineswegs so einheitlich. Die Kurden werden von den Regierungen unter denen sie leben müssen, gegeneinander ausgespielt. So unterstützt z.B. der Iran die „irakischen" Kurden, während Syrien lange Zeit die „türkischen" Kurden, also die PKK unterstützte. Im Nordirak existieren die vom Iran unterstützte PUK und die KDP, die immer wieder mit der türkischen und irakischen Regierung zusammenarbeitet, besonders wenn es gegen die PKK geht. Die KDP repräsentiert v.a. die schmale Schicht von kurdischen Großgrundbesitzern und Regionalfürsten. Sie streben einen kurdischen Staat an, wo sie „ihre" KurdInnen ausbeuten können.

Die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung besteht jedoch aus ArbeiterInnen und armer Landbevölkerung, bei denen große Sympathien für sozialistische Ideen herrschen.

Die PKK

Die 1978 von Abdullah Öcalan gegründete „Kurdische Arbeiterpartei" PKK versucht seit 1984 die Unterdrückung des kurdischen Volkes mit militärischen Mitteln zu bekämpfen. Die PKK, die Anfangs nur wenige Mitglieder und SympathisantInnen zählte, wurde zu einer Massenpartei. In ihren Anfängen berief sich die PKK auf den Marxismus bzw. auf stalinistische Taktiken die mit Marxismus nichts zu tun haben. Heute stellt die PKK aber nicht mehr „Sozialismus" sondern die nationale Befreiung in den Vordergrund. Dazu strebt sie ein Bündnis aller „patriotischen" Schichten und Klassen an. Es ist richtig, daß alle KurdInnen unterdrückt werden. Aber das ändert nichts daran, daß die kurdischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer lieber mit dem türkischen Staat zusammenarbeiten, als mit der PKK.

Beide in den letzten Jahren von der PKK verfolgten Strategien - isolierter Guerillakrieg und diplomatische Lösung mit dem US/EU - Imperialismus - sind gescheitert. In der vom Westen geschaffenen „Schutzzone für die KurdInnen" im Irak geht gerade jetzt türkisches Militär gegen die Bevölkerung vor. Eine Bewegung getragen von KurdInnen gemeinsam mit dem türkischen Proletariat in den Städten gegen den gemeinsamen Feind - den türkischen Staat - ist der Schlüssel zur Lösung.

Kurdenselbstverbrennung in Schweden

Facts & Figures

Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg wurden die von KurdInnen bewohnten Gebiete vom Imperialismus auf die neu entstandenen Staaten des Nahen Ostens aufgeteilt, ohne das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes zu beachten. Seitdem leben die über 20 Millionen KurdInnen aufgeteilt auf Türkei, Iran, Irak, Syrien und Armenien (kleinere kurdische Minderheiten existieren in Georgien und im Libanon) und Westeuropa. Lediglich in Armenien und Georgien sind sie als Minderheit anerkannt, in den anderen Staaten werden ihre Rechte mit Füßen getreten. In der Türkei werden die KurdInnen vom Regime als „Bergtürken" bezeichnet, die kurdische Sprache ist verboten, obwohl sie in der Türkei von mindestens 15 Millionen Menschen gesprochen wird, und der Staat führt seit 15 Jahren einen blutigen Krieg gegen das kurdische Volk. Über 4000 Dörfer wurden zerstört, 40.000 Menschen ermordet und Millionen KurdInnen sind als Flüchtlinge über den Globus verstreut.

Kosovo

Imperialismus versagt wieder

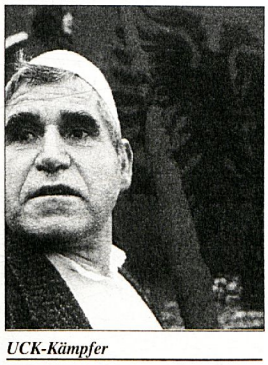
Die Verhandlungen von Ramboulillet bei Paris sind gescheitert. Nicht wegen der Starrsinnigkeit „der Albaner" oder dem Nationalismus „der Serben", sondern weil der Westen - mit dem Österreicher Petrisch als einem der maßgeblichen Chefverhandler - von Beginn an, auf eine für beide Seiten unakzeptable „Lösung" setzte: Die Kolonialisierung des Balkans.

John Evers
SOV Wien Mitte

Die „Presse" übertrifft wieder einmal alle anderen Zeitungen in ihrem Kommentar: Sie weiß von Serben und Albanern zu berichten, die sich während der Verhandlungen die Bäuche vollschlugen (als ob das nicht auf jedem Presseempfang üblich wäre) und meint, man hätte beide Parteien besser in Militärbaracken einsperren sollen. Doch auch ehemalige Linke sind nicht besser: Ex-"Trotzkist" (SOAL/GRM) Löw fordert im Falter offen die „Kolonialisierung" des Kosovo. Warum? Ist auch er offensichtlich der Meinung, daß der jetzige Konflikt den Menschen am Balkan im Blut läge und nicht Folge einer entsprechenden - vom Westen maßgeblich mitverschuldeten - Politik ist, die Nationalismus bewußt schürte?

Tatsächlich zeigen die gescheiterten Verhandlungen die Unfähigkeit und Zwiespältigkeit der imperialistischen Staaten. Vor allem die USA und Frankreich haben die Abschaffung der Autonomie für den Kosovo durch Milosevic 1990 ohne Protest hingenommen und wehren sich gegen das Selbstbestimmungsrecht für die Region. Sie befürchten dadurch neue Unruheherde vor allem in Makedonien - wo den dortigen AlbanerInnen ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht verwehrt wird. Die KosovoalbanerInnen ihrerseits sind zwar nicht alle auf seiten der UCK, aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit serbischen Polizisten und Militärs eindeutig für die Lostrennung. Nicht zuletzt deshalb ist der prowestliche (ehemalige) „Albanerführer" Rugova wegen seiner Verhandlungslinie, die auf einen faulen Kompromiß mit der serbischen Führung im Sinne des Westens hinausläuft, völlig isoliert. Niemand bezweifelt, daß ein - bereits geplantes - Referendum im Kosovo zu 80-90 Prozent für die Unabhängigkeit ausgehen würde.

Die Skepsis gegenüber einer NATO-Intervention/Truppenpräsenz steigt, weil offensichtlich ist, daß der Westen nicht daran denkt, das Selbstbestimmungsrecht der AlbanerInnen durchzusetzen. Genau deshalb schreckt die NATO auch vor einer Intervention zurück: Sie würde sich bald - wie in Bosnien - als dritte „Bürgerkriegspartei" einmal über, oft zwischen den Fronten wieder finden. Außerdem hat der Westen an einem - geschwächten, aber existenten - Serbien als einem der wenigen stabilen Faktoren in dieser Region durchaus Interesse. Ein zynischer Kommentator faßte die Doppelzüngigkeit der derzeitigen US- und EU-Politik treffend zusammen: Am einfachsten wäre es, Serbien in die NATO aufzunehmen. Dann könnte es - wie die Türkei in Kurdistan - in Ruhe "das Problem lösen".



UCK-Kämpfer

März 1999 Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS

Die linke Zeitung öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts Nummer 91

Den "braunen Sumpf" trockenlegen!
BRE GEH
SOV
01 - 524 63 10

Welser Bürgermeister bedroht die SOV

Der Welser Bürgermeister Bregartner (SPÖ) bedroht die SOV mit der Ankündigung einer Klage. In der Regionalzeitung „Welser Rundschau" polterte er: „Mich nennt keiner mehr ungestraft rechtsextrem". Tatsächlich ist Bregartner inzwischen geradezu ein Symbol für rechte Politik gegen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche geworden: Subventionen für rechtsextreme Großorganisationen statt für Jugendzentren, politische „Verhaberung" mit ehemaligen SSlern und scharfe Angriffe gegen Linke. Wir sagen: Dieses Symbol mitsamt seiner Stadtregierung muß weg!

Franz Breier jun., für die SOV-OÖ

Die SOV startete im Februar in Wels die Kampagne „Den braunen Sumpf trockenlegen", welche große Aufmerksamkeit fand. Bürgermeister Bregartner ist Dreh- und Angelpunkt in der Stadt der „Braunen Flecken". Trotz einer internen SPÖ-Abmachung aus dem Jahre 1997 wurde letzten Dezember der Vertrag zur Nutzung von Welser Messehallen für die Flohmärkte des rechtsextremen Herrn Reinthaler wieder verlängert. Er finanziert mit den Einkünften aus den Flohmärkten seine rassistische und rechtsextreme Hetze - und das ist stadtbekannt! Weiters erhält der deutschnationale ÖTB jährlich über eine halbe Million Förderung von der Stadt Wels - trotz jahrelanger intensiver Proteste! Bregartners Freundeskreis besteht unter anderem aus einem Herrn Robert Wimmer, Multimillionär und Finanzier des rechtsextremen Netzwerks. Z.B. lud Wimmer vor einigen Jahren den Nazi und Holocaust-Leugner David Irving auf sein Schloß ein!

Bürgermeister Bregartner droht der SOV mit Klage

Grüne Jugend hilft ´Bre´!

In einem skandalösen Leserbrief samt Presseaussendung distanzierte sich die Grüne Jugend Wels von konsequentem Antifaschismus. Sie fordert von der SOV unter anderem, sich öffentlich für ihre Vorwürfe bei „Bre" zu entschuldigen (!!). Die Grüne Jugend stellt damit dem Bürgermeister einen Persilschein aus und blamiert den Antifaschismus!

Um gegen ´Bres´ Clique , die FPÖ etc. etwas zu erreichen, braucht es (zumindest) auch Solidarität unter der Linken und von AntifaschistInnen!

SOV kämpft weiter!

Die SOV wird sich aber weder einschüchtern noch lockerlassen! Wir planen für Ende März eine größere Veranstaltung zu diesem Thema in Wels. Durch das von Bregartner & Co. geschaffene Klima der Hetze gegen Linke - speziell gegen die SOV- haben wir derzeit keine fixe Lokalität für unsere Treffen. Ein Grund mehr, dem „Stadtkaiser" samt seinem Anhang entgegenzutreten. Er ist untragbar: Sein Rücktritt und der der gesamten Stadtregierung sind längst überfällig!

Macht mit und helft, Bre & Co. in die politische Wüste zu schicken!

Näheres bei: *01/524 63 10*

oder schreib an:

SOV-OÖ
Postfach 41
4623 Gunskirchen
Kennwort „Bre geh!"

Auch benötigen wir (viel) Geld auch unserer UnterstützerInnen, wenn Bregartner tatsächlich vor Gericht zieht.

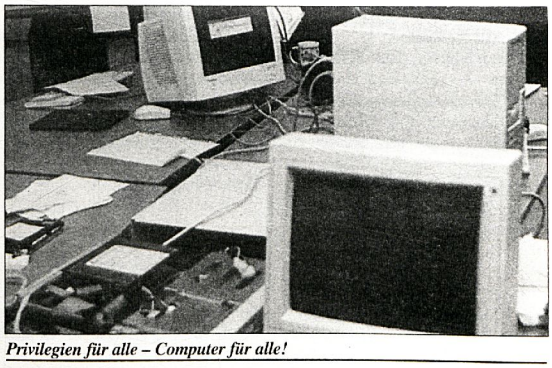
Unser Spendenkonto (Kennwort „Bre geh"):
PSK 8812.733

Nein zu Eliteschulen! Privilegien für Alle!

Mit Beginn dieses Schuljahres wurde der Schulversuch der Sir Karl Popper-Schule am Wiedner Gymnasium gestartet. Dieser soll „hochbegabte" SchülerInnen, die sich im normalen Unterricht angeblich „gelangweilt" hätten, motivieren und speziell fördern.

Irene Müller, SOV Wien Mitte

In Zeiten, in denen tausende SchülerInnen auf die Straße gehen, um gegen den von der Regierung betriebenen „Bildungsklau" zu protestieren, soll mit der Eröffnung einer Eliteschulke offensichtlich weiter Politik für die Starken betrieben werden. Aufgrund der Schulautonomie werden die Schulen gezwungen, sich um Sponsoren in der Privatwirtschaft umzusehen - es ist klar, daß Schulen wie die Popperschule hier über mehr Geld und damit besseres Unterrichtsmaterial verfügt. So stehen einer Sir-Karl-Popper-Schule im Verhältnis zur SchülerInnenzahl (höchstens 48 !), weit mehr PCs und LehrerInnen pro SchülerInnen als dem benachbarten Wiedner Gymnasium zur Verfügung. Gleichzeitig muß man sehen, daß sogenannte Hochbegabung erstens eine relative Sache (wer bestimmt, was als hochbegabt gilt?) ist und zweitens sogenannte Hochbegabte in erster Linie aus den ohnehin begüterten gesellschaftlichen Schichten kommen. Bildung ist keine Schicksalsfrage sondern eine gesellschaftliche.



Privilegien für alle – Computer für alle!

Deshalb fordern wir:

- ➲ ***Gleiche Bildung für alle!***
- ➲ ***Stoppt den Bildungsklau und die Elitenbildung,***

Was Wir Wollen

- **Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!**
- **Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!**
- **Mindestlohn öS 13.000.- netto.**
- **Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.**
- **Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.**
- **Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!**
- **Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko"-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.**
- **Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.**
- **Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.**
- **Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).**
- **Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.**
- **Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen**
- **Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.**
- **Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.**
- **Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!**
- **Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!**
- **Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit demkapitalistischen Wirtschaftsystemund für den Sozialismus kämpfen.**

Tel.: 01-524 63 10 – Fax: 01-524 63 11 – e-mail: sov@gmx.net